

bewegung das schlummernde Selbstgefühl in ihnen erweckt, nachdem sie ihre Arbeit anders zu schätzen gelernt hatten als vorher. Nur das constatirt Strassburger: wo damals eine Lohnaufbesserung stattgefunden habe, sei dies nicht durch Bekriegung erwirkt worden, sondern durch Vereinbarung der Prinzipale mit den Gehilfen.

Vom Jahre 1848 an ist der Sezerlohn in stetem und zuletzt rapidem Steigen. So führt Strassburger an, daß die Preise der Hauptbedürfnisse eines Arbeiters in Jena für die Periode von 1860—1870 um 16,7% gestiegen seien, es würden sich aber noch weniger als 16% ergeben, wenn alle Bedürfnisse des Arbeiters in Rechnung gebracht würden. Der Sezerlohn sei jedoch in Jena von 1860—1870 um 43,7% gestiegen. 1870 stand laut obiger Nachweisung der Lohn in Halle auf 30 preuß. Pfennige pro 1000 n und 1871 in Halle wie in Leipzig auf 36 preuß. Pfennige = 30 sächs. Pfennige. Am 1. December 1871 fand dann in Leipzig abermals eine Aufbesserung von 16 $\frac{2}{3}$ % statt, der Halle alsbald zu folgen hatte. Diese Sätze und Normen gelten nur für die einfachste Leistung, die Arbeit in glattem Satz; für gemischten, tabellarischen u. und für den Satz in fremden Sprachen ist die Steigerung procentualisch höher.

Es gehört sich, diesen Lohnsteigerungen die Arbeitszeit gegenüberzustellen. Strassburger bemerkt, daß nach der Hausordnung des Waisenhauses zu Halle im Jahre 1743 die Arbeitszeit für Buchdrucker und Sezer von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends war. In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts war die Arbeitszeit (wenigstens in größeren Städten) eine 12stündige; jetzt sei sie eine 9 $\frac{1}{2}$ stündige. Für Leipzig kann letzteres nicht stimmen; nach den Mittheilungen von Buchdruckereibesitzern muß sie hier im Durchschnitt factisch geringer als 9 $\frac{1}{2}$ Stunden sein.

Trotz alledem jedoch ist die Qualifikation zum Sezer keineswegs auf erhöhte Bedingungen gestoßen, im Gegentheil. Strassburger, der ein Freund und Förderer der Arbeiterinteressen ist — denn nur ein Freund aus vollem Herzen und mit ganzer Hingabe an seine wissenschaftlich-humanitäre Aufgabe kann sich solchen höchst mühseligen Untersuchungen unterziehen —, Strassburger bemerkt in dieser Beziehung wörtlich: „Mit der größeren Ausbreitung der Volksbildung hat sich die Zahl Derer vermehrt, die als Sezer functioniren können. Andererseits wird vom Sezer weniger Bildung beansprucht als früher. Ein sehr geringer Theil der heutigen Sezer ist befähigt, andere Werke als deutsche zu setzen, während früher meistens lateinische Bücher gedruckt wurden.“

Strassburger zieht aus dem Ergebnis seiner Untersuchungen — allerdings unter einer gewissen Reserve — den Schluß, daß eine Steigerung des Arbeitslohnes durch rein moralische Einflüsse verursacht werden könne. Diesen Glauben haben auch wir — ebenfalls unter einer gewissen Reserve. Fortschreitende Bildung befördert bei den Arbeitern Einsicht in ihre wahren Interessen und bei den Arbeitgebern, wenn nicht immer Humanität (denn das ist schon mehr Sache des Charakters), doch mindestens, sofern halbwegs Geschäftsverstand vorhanden ist, Einsicht in das ABC des Geschäftskatechismus, daß ein unzufriedener und darbender Arbeiter ein unzuverlässiger Arbeiter ist. Wo aber irgend eine dieser Voraussetzungen im Stiche läßt, da ist die Concurrenz der Unternehmerrthätigkeit unserer Ansicht nach ein höchst schätzbarer Regulator.

Das alles ist jedoch heutzutage, auf diesem Felde mindestens, eine überwundene Betrachtungsweise. Schon damals, wo Strassburger seine verdienstvolle Arbeit schloß, schwante es uns in der Praxis, daß die Lösung der „socialen Frage“ sich allmählich in die Function einer Schraube ohne Ende verwandele, welche nothwendig und in nicht zu langer Zeit zu einer Hemmung der industriellen Thätigkeit führen müsse, einer Thätigkeit, von deren freier Entfaltung das Wohl des Arbeiterstandes doch in erster Reihe abhängig ist.

Die 16 $\frac{2}{3}$ % Zuschlag vom 1. December 1871 haben nicht ganz vierzehn Monate vorgehalten. In der Relation eines, wie anzunehmen, Buchdruckereibesitzers heißt es, daß der Lohn tarif von 1865, worauf auch dieser jüngste Zuschlag von 1871 erfolgt war, in seiner Fassung allseitig als nicht genau und klar genug betrachtet worden sei, daß demnach der allgemeine Deutsche Buchdruckerverein einen Normal-Lohn tarif für ganz Deutschland aufzustellen beschloß und neben seinen eigenen Mitgliedern, den Prinzipalen, auch die Gehilfenschaft zu dessen Berathung nach Eisenach entboten habe. Die Prinzipale erschienen, aber die Gehilfenschaft blieb aus. Uns scheint es, und das bestätigt der uns nachträglich zugehende „Volksstaat“ vom 29. Januar, die Unklarheit des Tarifs von 1865 war nicht der einzige Grund, welcher die Prinzipale zur Anbahnung eines Normaltarifs bestimmte. Sie fühlten vielmehr unmittelbar nach dem letzten Zuschlag von Ende 1871, daß die Gehilfenschaft bald neue Forderungen und zwar sehr beträchtliche ankündigen werde und wollten deshalb mit einem neuen Zugeständniß, nicht bloß mit formellen Sicherstellungen, entgegenkommen. Die Gehilfenschaft wollte sich aber, auch selbst in so kurzer Zwischenfrist nicht entgegenkommen lassen, und deshalb erschien sie zur Eisenacher Conferenz nicht.

Die in Eisenach anwesenden Prinzipale wählten unter solchen Umständen nur eine Commission, welche sich mit der Ausarbeitung des Normaltarifs zu beschäftigen hatte und der der alljährlich hier in Leipzig zur Ostermesse stattfindenden Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in einigen Monaten vorgelegt werden sollte. Allein, nachdem die Gehilfenschaft zur Eisenacher Conferenz nicht erschienen war, kann es Niemanden wundern, daß sie von der Leipziger Ostermess-Versammlung auch nichts wissen wollte.

Vielmehr ist die Gehilfenschaft nunmehr der Voraussetzung gemäß selbständig mit einem Tarif hervorgetreten, zu dessen Forcierung sie sich auf ihre Organisation, den „Deutschen Buchdruckerverband“, gewöhnlich bloß „Verband“ genannt, stützt. Nach der oben erwähnten Nummer des „Volksstaates“, deren Leipziger Berichterstatter unterrichtet scheint, zählt der „Verband“ gegenwärtig 7000 Mitglieder, während es in ganz Deutschland ungefähr 10,000 Buchdruckergehilfen geben soll. Der Verband wurde im Jahre 1865 gegründet, und der Berichterstatter des „Volksstaates“ meint, daß nach achtjähriger rüstiger und unausgesetzter Arbeit die deutschen Buchdruckergehilfen in Ansehung ihrer Organisation allen übrigen Arbeitern des Continents voraus seien. Wir gratuliren zu diesem Resultate, und bedauern nur im Interesse des Verbandes, daß er statt eines so schwierigen und vergleichsweise windigen Industriezweiges, wie der deutsche Verlagshandel ist, nicht die englischen Kohlenwerksbesitzer mit ihren unererschöpflichen Gruben an „schwarzem Golde“ zur Erprobung seiner Thätigkeit vor sich hat. Das Ziel wäre zweifellos ein würdigeres und lohnenderes.

Am 15. Januar traten dann nach dem „Volksstaat“ die Vertreter der Gehilfen von neun der größten deutschen Druckorte in Leipzig zusammen und forderten den Buchdrucker-(Prinzipal-)Verein auf, seinerseits eine Commission zur Feststellung des Tarifs abzuordnen. Das Letztere geschah nicht — worüber sich nach den Erfahrungen von Eisenach abermals kein Mensch wundern kann — und „die Gehilfen besorgten die Arbeit allein“. Der Tarif der Gehilfen fand keine Annahme und darauf kündigten sie am 25. Januar partiell d. i. mit Ausschluß der größeren Druckereien, um diese zu nöthigen, gemäß der dem Prinzipalverein gegenüber übernommenen Verpflichtung ihrerseits den Verbandssezern selbst zu kündigen. Schon seit 6 Wochen jedoch, fügt der „Volksstaat“ hinzu, hätten 250 Gehilfen Leipzig verlassen, die vom Strike-Comité ca. 1500 Thlr. Reiseunterstützung erhielten. Es kommt nun darauf an, daß das Comité außer diesen 1500 Thlrn. noch recht viel Geld hat. Wir hörten eine Summe nennen, doch nehmen wir an, daß sich das Comité nicht in